



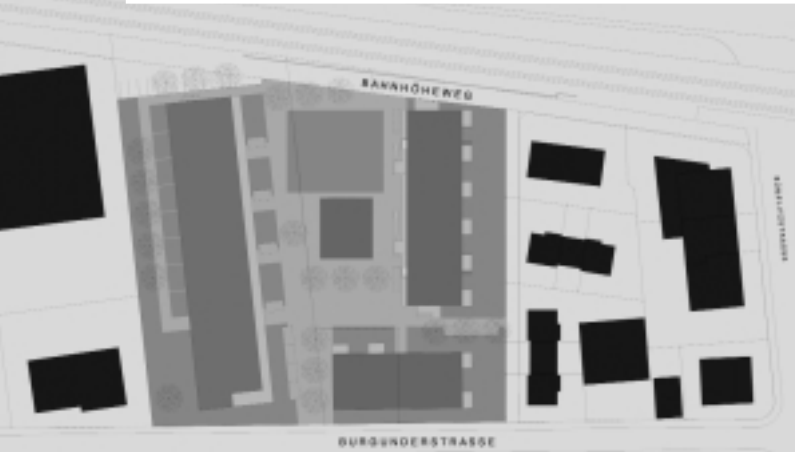
Grünes Bündnis
 Stadt Bern
 Postfach 6411
 Neubrückestrasse 17
 3001 Bern
 Tel. 031 301 82 09
 Fax 031 302 88 78
 info@gbbern.ch
 www.gbbern.ch
 PC 30-37923-6

gb.links

→ Kulturelles Zentrum im Herzen von Bern

→ GREEN DEAL

→ Über Latzhosen und erfolgreiche Initiativprojekte



Gesamtstrategie des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik der Stadt Bern

Neue Ansätze für die Wohnbaupolitik: eine Zwischenbilanz

An der Burgunderstrasse in Bümliz entsteht die erste autofreie Siedlung der Stadt Bern.

Die Betriebskommission des Fonds hat in neuer Zusammensetzung mit neu entwickelten Strategien in den letzten vier Jahren einige Pflöcke eingeschlagen: Mit der neuen Strategie Wohnen wird in Richtlinien geregelt, dass alle Liegenschaften mindestens nach zeitgemässen Nachhaltigkeitsgrundsätzen zu bauen und zu unterhalten sind. Nach mehreren Anläufen, aber auch kontroversen Diskussionen unter den RGM-Mitgliedern, wurden endlich auch Richtlinien zur «Information und Mitwirkung MieterInnen bei Instandhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen» verabschiedet. Von Fall zu Fall soll ein unterschiedlicher Grad an Mitwirkung festgelegt werden können, eine wirkliche Mitbestimmung ist allerdings auf der Strecke geblieben.

Einrichtung von Spezialfonds

Einen Lichtblick stellt die Einrichtung von zwei Spezialfonds dar, mit denen durch

einen Teil des Gewinns (ca. 1–2 Mio. Franken jährlich) neue wegweisende Ziele verfolgt werden können: Einerseits sollen innovative Ideen wie energetisch, ökologisch, kulturell oder sozial wegweisende Projekte verwirklicht werden, andererseits sollen gezielt Wohnungen vergünstigt werden, in der Regel durch die sofortige Abschreibung eines Teils des wertvermehrenden Aufwands bei Renovationen.

Förderung von günstigem Wohnraum

In gleichem Umfang wie bisher soll auch in Zukunft günstiger Wohnraum bereitgestellt und erhalten bleiben. Boden der Stadt Bern wird in der Regel nicht verkauft, sondern zur Überbauung an Dritte im Baurecht abgegeben. Wie in der Baurechtsstrategie festgelegt, können – bei der bevorzugten Abgabe an gemeinnützige Bauträger – Grundstücke auch vergünstigt abgegeben werden. So kann die «Regio»-Wohnbaugenossenschaft in Ausserholligen mit dem Bau von ca. 40 günstigen Familienwohnungen beginnen, an der Burgunderstrasse

erstellt die AG für nachhaltiges Bauen NPG 40 autofreie Mietwohnungen im Minergie-P Standard. Der Fonds wird in nächster Zeit einen Wettbewerb ausschreiben, mit dem eine Motion, die einfachen günstigen Wohnraum fordert, umgesetzt wird. An der Mutachstrasse soll eine entsprechende Niedrig-Standard-Siedlung gebaut werden.

Bereit für die 2000-Watt-Gesellschaft

Mit dem Neubau der Siedlung Stöckacker Süd können an Stelle der 100 kleinen 150 mehrheitlich grosse Wohnungen gebaut werden. Das Quartier wird so besser sozial durchmisch, es entsteht mehr Wohnraum für Haushalte mit Kindern und für Wohngemeinschaften. Im Wettbewerb sind die Ziele der 2000-Watt-Gesellschaft festgeschrieben: Erneuerbare Energien, Wahl natürlicher Materialien, nachhaltige Mobilität. Trotzdem sollen die Mietpreise günstig bleiben, für eine 4-Zimmer-Wohnung wird mit Fr. 1600.– gerechnet. Auch auf dem Land des ehemaligen Schiessplatzes im Oberfeld Ostermundigen kann

der Fonds seine neue grüne Strategie umsetzen: Die Hälfte des Areals wird einer Genossenschaft abgegeben, die dort eine autofreie Siedlung mit ca. 250 Wohnungen im Minergie-P-Eco-Standard erstellt.

Transparenz schaffen

Die Finanzen des Fonds wurden in den letzten Jahren wieder ins Lot gebracht. Die Einführung des «Portfolio-Managements», mit der jede Liegenschaft einzeln erfasst ist, wird in Zukunft Wirkung zeigen. Es entsteht Transparenz über den Stand der Projekte und die finanzielle Situation. So kann ausgeschlossen werden, dass die Liegenschaften wieder verlottern. Mit dem neu eingeführten jährlichen Geschäftsbericht* wird das Wirken des Wohnbauafonds auch der Öffentlichkeit schwarz auf weiss vor Augen geführt.

Tilman Rösler, Architekt, Vertreter GB in der Betriebskommission des Fonds für die Boden- und Wohnbaupolitik

* www.bern.ch/stadtverwaltung/fpi/lgv

AZB 3000 Bern 1
 Grünes Bündnis, PF 6411, 3001 Bern
 An Post: Bitte Adressänderung nicht melden.

gb.links

- Fr, 6. Februar, 19.30 Uhr, Kornhausforum Bern, 2. OG. **Vernissage «Schnitt ins Leben. Weibliche Genitalverstümmelung – auch in der Schweiz»**. 7.–21. Februar: Ausstellung. Infos: www.terre-des-femmes.ch
- Mi, 11. Februar, 19 Uhr, Sitzungszimmer Loosli, Vatter, Bärenplatz 2, Bern. **Podiumsdiskussion Finanzpolitik: «Frauen macht Budgets!»** Infos: www.frauundpolitik.ch

- Sa, 7. März, 9.15–15.30 Uhr, Campus Muristalden, Muristrasse 8, Bern. **Tagung «Welche Schule wollen wir?»** Infos: www.gruenebern.ch
- So, 8. März, 10–14 Uhr, Lichtspiel, Bahnstrasse 21, Bern. **Film-Matinée mit Frauenfilmen und Brunch**. Infos: corinne.schaerer@unia.ch
- Mi, 18. März, 19.30 Uhr, Bildungszentrum WWF, Bollwerk 35, Bern.

Abstimmungen vom 8.2.09

Stadt Bern	
Mehrzweckturnhallen Weissenstein	JA
Bund	
Personenfreizügigkeit	JA

- **Öffentliche Veranstaltung: «Brennpunkte der kantonalen Politik»**
 Infos: www.gbbern.ch
- Mo, 13. April, 13 Uhr, Treffpunkt: Eichholz, Wabern. **Ostermarsch**.
 Infos: www.ostermarschbern.ch

Talon

Name: _____

Vorname: _____

Adresse: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

e-mail: _____

- Ich werde **Mitglied** beim **Grünen Bündnis**. Bitte schickt mir weitere Unterlagen.
- Ich möchte mich **aktiv** engagieren beim **Grünen Bündnis**. Bitte nehmt mit mir Kontakt auf.
- Ich bestelle _____ Expl. Unterschriftenbogen **«Nein zum Rentenklau»**.

gb.tipp



Tag der Frau – 8. März 2009: Aktion zum Thema Frauen im öffentlichen Raum

Die AG Frauenpolitik des Grünen Bündnis hat sich verjüngt! Seit November 2008 ist die Junge Alternative JA! mit im Boot. Der erste grössere Anlass, den wir in dieser Konstellation begehen werden, ist der 8. März 2009. Bei dieser Gelegenheit findet in der Berner Innenstadt am **Samstag, 7. März, eine Strassenaktion zum Thema Frauen im öffentlichen Raum statt**.

Ziel der Aktion ist es aufzuzeigen, dass in der gegenwärtigen Diskussion um Sicherheit im öffentlichen Raum Frauen oft als kollektive Rechtfertigung und Legitimierung für absurde Sicherheitsvorkehrungen dienen. Diesem Diskurs möchten wir entgegenreten, in dem wir aufzeigen, dass der grösste Prozentsatz der Gewalt gegen Frauen nicht im öffentlichen Raum, sondern in den eigenen vier Wänden stattfindet.

Alle sind herzlich eingeladen, bei dieser Aktion mitzuwirken!

Besamlung: Samstag, 7. März, 13 Uhr, GB-Sekretariat, Neubrückestrasse 17, Bern
 Anmeldung und Information unter: info@gbbern.ch

Impressum
 Redaktionsschluss gb.links 2/2009: 12. März.
 Redaktion: Angela Mattli, Karin Jenni, Natalie Imboden.
 Satz und Druck: Genossenschaft Widerdruck, Bern. Lithos: Genossenschaft Graphix, Bern.

gb.bewegt

- | | | | |
|---|--|--|--|
| Frauenpolitik
Montag, 20. April, 19.15 Uhr,
GB-Sekretariat | Internationales und Migration
Dienstag, 24. März, 18.30 Uhr,
Neuengasse 8, 4. Stock | Wirtschaft (kantonale AG)
Donnerstag, 12. März, 20 Uhr,
Sekretariat Grüne Schweiz,
Waisenhausplatz 21
Kontakt: Thomas Bauer,
tomba@students.unibe.ch | Nationale Politik
Kontakt: Hasim Sancar,
sancars@bluewin.ch
Leitender Ausschuss
Mittwoch, 18. Februar, 20 Uhr,
GB-Sekretariat |
| Ökologie
Dienstag, 17. Februar, 19 Uhr,
GB-Sekretariat | Bildung (kantonale AG)
Montag, 16. Februar, 18 Uhr,
Sekretariat Grüne Schweiz | | |

Stimmbevölkerung soll über Zukunft entscheiden



Der PROGR hat sich in letzter Zeit mit einem vielfältigen Angebot einen Namen gemacht.

Seit 2004 wird das ehemalige Progymnasium am Waisenhausplatz von Kulturschaffenden genutzt. Es entstand ein lebendiger Veranstaltungs- und Produktionsort: Die Konzerte in der Turnhalle sowie die Ausstellungen sind beliebt, in den weiteren Räumlichkeiten sind zahlreiche Ateliers untergebracht, die rund 150 KünstlerInnen gute Arbeitsbedingungen bieten. Der zentral gelegene PROGR trägt zur Belebung der oberen Altstadt und zu einer besseren Integration der Kunst im Stadtag bei. Die Bereitstellung von günstigen Ateliers ist zudem eine gute Massnahme zur Kulturförderung. Es war immer ein klares Anliegen des Grünen Bündnis, dass das Zentrum für Kulturproduktion weiterzuführen ist – allenfalls an einem Ersatzstandort.

Ateliers würden verschwinden

Die Stadt Bern ist Eigentümerin des Gebäudes am Waisenhausplatz. Die kulturelle

Nutzung war als Zwischennutzung definiert. Da im Sommer 2009 das Gebäude im Bau-recht an Private übertragen werden soll, schrieb der Gemeinderat einen Wettbewerb aus. Die GB/JA!-Fraktion hatte sich in einem Postulat dafür eingesetzt, dass ein Anteil an kultureller Nutzung in der Ausschreibung verankert und insbesondere geprüft wird, ob das heutige Zentrum für Kulturproduktion nicht Nutzerin dieses Kulturanteils werden kann. Das Siegerprojekt der Zürcher Allreal Generalunternehmung, ein Gesundheitszentrum, ist zwar kein rein kommerzielles Projekt und die Turnhalle und der Innenhof könnten weiter kulturell genutzt werden. Die bestehenden Ateliers würden jedoch verschwinden. Ein Ersatzstandort ist nicht in Sicht.

GB für einen Rückweisungsantrag

Leider haben sich die Kulturschaffenden nicht am Wettbewerb beteiligt. Im Oktober 2008 machten sie jedoch in einem offenen Brief an den Stadtrat ein Kaufangebot zu den gleichen Konditionen wie die Allreal-Gruppe: Die Stiftung PROGR erwirbt das bestehende Gebäude für 2,4 Mio. Fr., zahlt einen jährlichen Baurechtszins und verpflichtet sich, das Gebäude zu sanieren. Insgesamt wird eine Summe von 10 Mio. Franken nötig sein. Die KünstlerInnen reichten ihr Angebot erst so spät ein, da sie ursprünglich mit einer viel höheren Kauf- und Investitionssumme gerechnet hatten. Auf Grund dieser neuen Ausgangslage stellten das Grüne Bündnis und die SP im Stadtrat einen Rückweisungsantrag: Die Initiative der KünstlerInnen sollte eine reale Chance erhalten. Dank geschicktem Lobbyieren erhielt der Rückweisungsan-

trag, mit Stimmen der CVP, eine knappe Mehrheit. Er ist mit der Auflage verknüpft, dass der Finanzierungsnachweis bis Ende 2008 zu erbringen und ein längerfristiges Betriebskonzept vorzulegen ist.

Variante zum Siegerprojekt muss geprüft werden

Den KünstlerInnen scheint es nun gelungen zu sein, das Geld in so kurzer Zeit aufzutreiben! Der Auftrag an den Gemeinderat lautet jetzt, das Angebot des Künstlerkollektivs auf seine Tragfähigkeit hin zu prüfen und dem Stadtrat eine Variante zum Siegerprojekt vorzulegen. Die Volksabstimmung zu diesem Geschäft soll im Mai 2009 erfolgen, drei Monate nach dem ursprünglich geplanten Abstimmungstermin im Februar. Diese Verschiebung schien den involvierten Parteien vertretbar, da sie auch den Gewinnern des Wettbewerbs klar kommuniziert wurde. Es wäre auch nicht das erste Mal, dass in der Stadt Bern schlussendlich nicht das Siegerprojekt eines Wettbewerbs realisiert wird (z.B. Museum für Gegenwartskunst) oder dass ein Juryentscheid im politischen Prozess nochmals überdacht wird (z.B. Bahnhofplatz). Bei den Kulturschaffenden ist zudem ein spannender Prozess in Gang gekommen; sie realisierten, dass es etwas bringt, wenn sie sich stärker politisch und kulturpolitisch engagieren. Das Ende ist noch offen – schön wäre es, wenn der PROGR als kulturelles Zentrum im Herzen von Bern erhalten bliebe.

Christine Michel, GB-Stadträtin



Die Schweiz braucht einen GREEN DEAL

Gemäss Weltbank gab es

von 1975 bis heute weltweit 79 bedeutende Finanz- und Wirtschaftskrisen. Höchste Zeit, das Übel an der Wurzel anzupacken und ein untaugliches Wirtschaftssystem, welches auf Wachstum um jeden Preis und auf Gewinnmaximierung für eine Minderheit der Menschheit fixiert ist, über Bord zu werfen. Grüne Lösungsvorschläge für eine innovative umweltschonende Wirtschaft, ein Grundeinkommen für alle, eltern-gerechte Arbeitsmodelle haben es indes schwer.

Angesichts der drohenden Arbeitslosigkeit ist heute der Bund gefordert. Der Nationalrat befasst sich im März damit. Die einzig sinnvolle Antwort auf die aktuelle Krise ist der ökologische Umbau der Wirtschaft. Damit sollen der Verbrauch von natürlichen Ressourcen gedrosselt und die sozialen Auswirkungen der Rezession gedämpft werden.

Die grüne Fraktion fordert einen GREEN DEAL, ein Konjunkturprogramm in zweistelliger Milliardenhöhe für die nächsten drei Jahre, welches nicht einseitig die allgemeine Kaufkraft stärkt, sondern primär nachhaltige Arbeitsplätze schafft.

Therese Frösch, GB-Nationalrätin

gb.diskussion

«Rot-Grün übt Selbstkritik» titelte der BUND (15.1.09) über ein Diskussionspapier, welches GB-Mitglied Michael Jordi zuhanden einer Sitzung der RGM-Parteien Anfang Dezember verfasst hatte (siehe www.gbbern.ch). Anstösse zur Diskussion, auch kontroverse, um Ausrichtungen und Allianzen sind notwendig. Das GB ist seit 17 Jahren im Gemeinderat vertreten. Das war immer eine Herausforderung und erzeugt Reibungsflächen und Spannungen, aber auch Spannendes. Neben der parlamentarischen Arbeit ist das GB bewusst auch auf der Strasse aktiv, sei es zum Unterschriften sammeln, bei Kundgebungen oder Aktionen. Das GB ist eine lebendige Partei, die Auseinandersetzungen immer wieder geführt hat und führen wird. Ein Ort für Diskussionen war die jährliche Retraite in Kippel Ende Januar, über deren Ergebnisse wir im nächsten gb.links berichten werden. Grundkonsens der GB-Politik war und ist das Selbstverständnis als ökologische, soziale und feministische politische Kraft. Die Debatte über Allianzen und Strategien für die Umsetzung unserer Inhalte ist lanciert. Ich freue mich auf produktive Diskussionen. Natalie Imboden, GB-Präsidentin

gb.stadtrat

Das Grüne Bündnis und die Junge Alternative JA! haben beschlossen, ihre bewährte Zusammenarbeit weiterzuführen und gemeinsam eine Fraktion zu bilden. **Stéphanie Penher** und **Hasim Sancar** leiten die zehnköpfige Fraktion.

gb.referendum

Nein zum Rentenklau!

Zum zweiten Mal innert kurzer Zeit will das Parlament die Renten der 2. Säule senken. Gegenüber heute würden diese bis 2015 um 10% reduziert. Um den Rentenklau aufzuhalten, hat die Gewerkschaft Unia das Referendum ergriffen und sammelt kräftig Unterschriften. Einen Unterschriftenbogen findet Ihr in diesem gb.links. Weitere Unterschriftenbogen und Kampagnenmaterial unter www.unia.ch/rentenklau

Grüne Köpfe: neue GB-Stadträtin Aline Trede

Über Latzhosen und erfolgreiche Initiativprojekte

Sie ist 25 Jahre jung und Vizepräsidentin der Grünen Schweiz. Aline Trede hat die jungen grünen mitgegründet und national mit der Offroad-Initiative viele Reaktionen bewirkt. Die Umweltnaturwissenschaftlerin arbeitet als Kampagnenleiterin beim Verkehrsclub VCS. Sie spielte beim multikulturellen Theaterprojekt «WG_Suisse» mit. Im November wurde Aline auf der GB-Liste in den Stadtrat gewählt. Nach 6 Jahren im Zürcher Exil ist die gebürtige Bernerin wieder in die Heimat zurückgekehrt.

Herzliche Gratulation zu deiner Wahl! Die jungen grünen haben auf zwei Listen (GB und GFL) mit dir und Daniel Klauser zwei Sitze erobert. Was wollen die jungen grünen in Bern bewegen?

Sicher wollen wir frischen Wind und weitere junge Stimmen in den Stadtrat bringen. Thematisch haben wir uns vor allem in der Verkehrs- und Energiepolitik stark gemacht, was wir auch weiterhin tun werden. Obwohl Dani und ich in verschiedenen Fraktionen sitzen, werden wir weiterhin gemeinsam Politik machen.

Du bist Aktivistin, Unterschriftensammlerin, Vizepräsidentin der Grünen Schweiz. Was hat dich eigentlich so jung politisiert?

Für mich war immer klar, dass ich mich für die Umwelt einsetzen will. Wirklich politisiert hat mich die Nicht-Wahl von Christiane Brunner in den Bundesrat. Da war ich zum ersten Mal mit meiner Mutter an einer Demo. Natürlich in violetten Latzhosen mit der Sonnen-Brosche dran...

Du hast dich stark für die Offroad-Initiative engagiert. Die Verkaufszahlen dieser Brummer sinken. Hat die Initiative ihr Ziel bereits erreicht?

Dank der öffentlichen Debatte stellt sich die Gesellschaft mehr Fragen zu ihrem «Lifestyle». Offroadfahren ist nicht mehr cool. Es gibt jedoch noch viel, was bezüglich nachhaltige Mobilität erreicht werden muss. Deshalb brauchen wir die Initiative und werden uns auch weiterhin für effizientere und menschenfreundlichere Fahrzeuge einsetzen. Das grosse Echo macht Mut.

Für welches politische Anliegen willst du dich im Stadtrat zuerst einsetzen?

Für eine velo- und fussgängerfreundliche, energieeffiziente, kulturfreundliche, tolerante Stadt. Für Fusionen mit angrenzenden Gemeinden. Für junge Menschen und ihre Perspektiven.

Gibt es zwischen Politik und Theaterarbeit Gemeinsamkeiten?

Beide sind anstrengend und geben trotzdem Energie. Bei beiden muss man in eine Rolle schlüpfen. Es ist bei beiden oft eine Auseinandersetzung mit mir selbst. Bei beiden Tätigkeiten lerne ich spannende Menschen kennen. Und wenn die Führung erfolgreich über die (Polit)Bühne geht, bin ich glücklich und freue mich auf die nächste.

Was sind deine drei politischen Wünsche für das neue Jahr 2009?

1. 120 000 Unterschriften für die neue Initiative «für den öffentlichen Verkehr» des VCS.



2. Einen guten Start in mein parlamentarisches Politikerinnenleben.
3. Ein ökologisches Investitionsprogramm.

Interview: Natalie Imboden